

Einfache Anfrage der SP-GRÜ-Fraktion vom 22. September 2017

## Mögliche Diskriminierungen verhindern

Schriftliche Antwort der Regierung vom 24. Oktober 2017

Die SP-GRÜ-Fraktion erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 22. September 2017 nach der Haltung der Regierung zu Aussagen des Rorschacher Stadtpräsidenten zu den Themen Islam und Rassismus sowie zu allfälligen Problemen bei der Umsetzung von Integrationsmassnahmen in Rorschach.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Thomas Müller, Nationalrat und Stadtpräsident von Rorschach, hat am 15. September 2017 in einem Interview mit dem «Tagblatt» unter anderem dargelegt, es gebe eine «gesunde» Art von Rassismus. Auf die Frage hin, was er als Stadtpräsident in Rorschach für die Integration von Personen aus dem Balkan tue, antwortete Müller im Interview, dass er die Religionsfreiheit respektiere, der Islam aber «in der Schweiz nichts verloren» habe.

Das Interview wurde während der diesjährigen interreligiösen Dialog- und Aktionswoche (IDA) publiziert. Die IDA wird alle zwei Jahre durchgeführt. Die Koordination der Anlässe erfolgt durch das Departement des Innern bzw. das Amt für Soziales. Im Rahmen der IDA wird mit zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Kanton das gegenseitige Kennenlernen von Personen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen gefördert. Ziele der von Kanton, Stadt St.Gallen und verschiedenen Religionsgemeinschaften mitgetragenen IDA sind die Etablierung einer Kultur des gegenseitigen Respekts und der Abbau von Ängsten und Vorurteilen. Regierungsrat Martin Klöti äusserte sich als Vorsteher des Departementes des Innern in einem Interview mit der «Ostschweiz am Sonntag» vom 17. September 2017 insbesondere vor dem Hintergrund der Ziele der IDA kritisch zu den Äusserungen des Rorschacher Stadtpräsidenten. Der Vorsteher des Departementes des Innern korrigierte in jenem Interview zudem die Aussage Müllers zum geplanten Gesetz über die Religionsgemeinschaften. Die in der entsprechenden Vernehmlassungsvorlage vorgesehene kantonale Anerkennung privatrechtlich organisierter Religionsgemeinschaften bringt nicht automatisch eine staatliche Anerkennung von muslimischen Gemeinschaften mit sich, wie von Müller ausgeführt.

Zu den einzelnen Fragen:

1./2. Die Regierung hat den Vorfall an ihrer Sitzung vom 26. September 2017 erörtert. Die Regierung lehnt generell Aussagen ab, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionen und Kulturen im Kanton grundsätzlich infrage stellen und rassistische Haltungen verharmlosen. Sie verweist dazu insbesondere auf die in der Kantonsverfassung (sGS 111.1; abgekürzt KV) als Grundrecht festgehaltene Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 2 KV) sowie die als Staatsziel festgehaltene Förderung der sozialen Integration (Art. 14 KV). Eine Verharmlosung von Rassismus steht zudem im Widerspruch zum Umstand, dass rassistische Äusserungen strafbar sein können (Art. 261<sup>bis</sup> des Schweizerischen Strafgesetzbuches [SR 311.0; abgekürzt StGB]). Im Übrigen hält die Regierung in ihrem Bericht 28.17.01 zur Schwerpunktplanung 2017–2027 vom 2. Mai 2017 als strategisches Ziel 3.2 fest: «Im Kanton St.Gallen gestalten die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Lebensentwürfen gemeinsam die Gesellschaft in wohlwollender Offenheit und gegenseitiger Anerkennung.»

So hat die Regierung die Äusserungen des Rorschacher Stadtpräsidenten mit Besorgnis zur Kenntnis genommen.

3. Das Amt für Gemeinden übt die generelle Aufsicht über die Amtsführung und den Finanzhaushalt der Gemeinden aus. Sowohl die ordentliche Prüfung der Geschäftstätigkeit und des Finanzhaushalts der Stadt Rorschach vom Jahr 2015 als auch die Schwerpunktprüfung 2017 der Datenbasis der Finanzausgleichsbeiträge des soziodemographischen Sonderlastenausgleichs durch das Amt für Gemeinden ergaben keinen Hinweis auf Nichteinhaltung der kantonalen oder bundesrechtlichen Vorgaben. In der Stadt Rorschach wurden in den letzten Jahren vielfältige Projekte realisiert, die das friedliche Zusammenleben und die Integration von Zugewanderten fördern, auch im Rahmen der IDA oder beispielsweise mit dem «Projet Urbain». Mit Letzterem konnte die Quartierentwicklung und -koordination der Stadt Rorschach als Teil der Stadtverwaltung etabliert werden. Im Jahr 2016 wurde überdies das Rorschacher Projekt «Spielgruppen für alle» mit dem goldenen Enzian, dem kantonalen Anerkennungspreis für gute Integrationsprojekte, ausgezeichnet. Es steht exemplarisch dafür, wie eine politische Gemeinde die kantonale Strategie «Frühe Förderung»<sup>1</sup> erfolgreich umsetzen kann. Im Fall der Stadt Rorschach besteht also insgesamt kein Anlass zur Vermutung, dass Integrationsmassnahmen nur in unzureichender Form durchgeführt werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.fruehekindheit-sg.ch/strategie.html>.